

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,
Raden & Comp., Nr. 1208.

Organ für das werktätige Volk

Kontofonto:
Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frangierlohn mit den wöchentlichen Beilagen "Nach der Arbeit" und "Wort und Tat" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Komparillegeite 30 Goldpf., die 90 mm breite Flammgeite 150 Goldpf., für auswärtsige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefzulesung 10 Goldpf.

Nr. 229

Dresden, Dienstag den 30. September 1924

35. Jahrg.

Die neueste Parole

Die R. P. D. ist nicht arm an Parolen und reich an Anfrühen. Ihre ganze Presse wimmelt nur so von Appellen, Inauguraladressen, Programmerkündigungen. Was sonst von der Politik übrig bleibt, wimmelt von derartigen Verzierungen, Liebertreibungen, Entstellungen und Fügen, daß man die Wälder unserer Moskauer überhaupt nicht mehr lesen kann, ohne sich zu langweilen. Das Neueste in der R. P. D.-Presse ist ein Aufruf des Exekutivkomitees der Internationalen Roten Hilfe. Ueberschrift: Gegen den Welken Terror! Die unterzeichnete Firma, die Internationalen Arbeiterhilfe, ist noch mehr als die Internationalen Arbeiterhilfe eine Auslandszweigstelle der Moskauer Sowjetregierung. In diesem Aufruf werden die europäische Justiz und ihr Vorgehen gegen die stammunischen gebrochene Welt, die internationale Arbeiterhilfe wird aufgefordert, für die Befreiung der politischen Gefangenen zu sorgen. Wir bestreiten nicht, daß sich nicht nur in Rußland, sondern auch in anderen Ländern Justizskandale abspielen. In Deutschland ist es die Sozialdemokratie, die die deutsche Justizschande nachdrücklich in der Öffentlichkeit wie im Parlament bekämpft. Wir bestreiten auch nicht, daß es deutsche Gefängnisse gibt, in denen Gefangene rechtsradikaler Parteien mit Glacéhandschuhen angefaßt und Anhänger linksradikaler Parteien wie Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Wir bestreiten nur, daß die Moskauer Gewalttäter und ihre deutschen Zölbner verurteilt sind, den moralischen Ankläger zu spielen.

Die Gremien, die in Sowjetrußland an den politischen Gefangenen verübt wurden und noch verübt werden, geben denen des Jorenregimes nichts nach. Sie sind nur deswegen besonders heilig, weil es sich hier um Transjordanien handelt, die von Vertretern von Arbeitern gegen andere menschenwürdige oder sozialrevolutionäre Arbeiterbestreuer begangen werden. Ja, noch schlimmer! Diesen Transjordanien sind auch jene kommunistischen Arbeiter in Rußland unterworfen, die sich mit der neuen Sowjetbürokratie und ihren Korruptionsoverschneidungen nicht wie Humme Humde abzuwenden bereit sind. Wie haben vorige Woche zwei solcher Rot- und Aufrufe der Arbeitergruppe der kommunistischen Partei Rußlands" veröffentlicht. Es heißt in dem einen Appell:

Die Jorenregierung erlaubt die librischen Gefangenen und Züchtlinge für die barbarischen Strafen, die sie ihren Feinden, den Revolutionären, anzu tun und Sowjetrußland (das heute seine besten Kämpfer und revolutionären, kommunistischen Genossen in die arischen Verlierer und unanständigen Züchtlinge, Genossen! Wenn wir in bürgerlichen Regierungen zwingen können, unsere Staatsbürger zu befreien, so können wir von der Sowjetregierung hundertmal mehr verlangen, das zu tun. Durch Liquidierung von Revolutionären der internationalen Arbeiterhilfe, durch den Tod auf der Front der Sowjetunion und der Sowjetregierung in Rußland müssen wir die Arbeiterrevolutionäre, unsere Brüder von unserm Welt und Welt, aus den Händen der aristokratischen Jünger Rußlands, die durch ihre Nachstellungen von Gräueltat nach behalten und mit Willkür getötet werden, entziehen.

In allen euren Versammlungen, Genossen, nehmt Resolutionen an zur sofortigen Freilassung von Massen von Arbeiter, Studenten, Demokraten, Bettina (Haut und hohes Kommunismus). Die Rede und den vielen anderen revolutionären Tötern. Vorber von der R. P. D. und der Dritten Internationale die sofortige Freilassung der Arbeiter, Studenten und Repräsentanten gegen alle revolutionär gekannten kommunistischen Exekutoren.

Wenn, daß wenn die russischen Sozialdemokraten keine Gefahr darin erblicken, die mit dem Weltkapital und der Genardemokratie verbundenen bürgerlichen Banden, Sowjetrußland, kommunistischen Genossen und Arbeiter frei zu lassen und Amnestie zu geben, die Hunderte von Genossen, die mit aller Überkraft, ihrer ganzen Seele und christdem Denken für die Befreiung der proletarischen Arbeiter und Erhaltung der Oktober-Errungenschaften kämpfen, frei sein müssen.

Die deutsche R. P. D.-Presse hat von diesem Aufruf ihrer Verdächtigen kommunistischen Brüder Rußlands bis heute kein Wort gebracht. Herr Zinowjew verbietet es und die deutsche R. P. D.-Presse hat zu parieren. Die Wahrheit der von uns veröffentlichten Dokumente kann sie nicht bestreiten. Dafür brüllt sie um so lauter über die Ungerechtigkeit der deutschen Justiz und des deutschen Strafvolkes. Die Sozialdemokratie wird den Kampf gegen die deutsche Reaktion auf allen Gebieten weiterführen — auch wenn ihr die R. P. D. dabei gelegentlich in den Rücken fällt, und trotzdem die kommunistischen Opfer der deutschen Justiz durcheinander und in erster Linie die Opfer einer hirnverbrannten, gewissenlosen Taktik der R. P. D. sind. Damit aber die neue Parole nicht fehlt, macht der Aufruf der "Internationalen Roten Hilfe", nachdem man spaltenlang die Zweite Internationale penitent mit Tred bevorzugen hat, den Vorstoß, einige Gefangene aus zutunischen Los heißt, die russische Sowjetregierung erklärt sich bereit, einige der kommunistischen Elemente aus den Gefängnissen der Sowjetrepublik zu entlassen, um dann durch diesen hohen Preis die Befreiung der in den kapitalistischen Gefängnissen mitkämpfenden Kämpfer zu erreichen.

Wenn dieser Vorstoß von der Sowjetregierung loyal gemeint und wenn sie bereit ist, ihn aufrichtig durchzuführen, so wird sich die deutsche Sozialdemokratie dafür einsetzen können, obwohl wir uns darüber klar sind, daß es für die deutsche Regierung anders liegt. Sie ist keine einheitliche Parteiregierung wie die russische, sondern ein bürokratischer

Parteienblock, dem die Frage, ob unre sozialistischen oder sozialrevolutionären Genossen in Rußland aus den Gefängnissen entlassen werden, ziemlich gleichgültig ist, wie es uns wiederum weniger berührt, ob der eine oder der andere Weisgarbist aus russischen Kerker entlassen wird. Die "Rote Hilfe" des Herrn Zinowjew muß also über diese Situation von vornherein Bescheid wissen, und so darf man annehmen, daß die neue Parole des Gefangenenaustausches weiter nichts sein soll als eben eine neue Kapitulationsparole für die deutsche R. P. D. Die Sozialdemokratie macht der Internationalen Roten Hilfe einen viel radikaleren und weitgehenderen Vorstoß: Sie kämpfen seit Jahren in Deutschland gegen jeden Terror und gegen jede Gewalttätigkeit! Ist die R. P. D. bereit, dafür zu sorgen, daß den Vertretern der sozialdemokratischen Arbeiterhilfe und den Anhängern der Sozialrevolutionäre in Rußland auch nur jenes Maß von Meinungsfreiheit gewährt wird, das sogar ein Mussolini der italienischen Opposition nachsieht?

Ein Narr wartet auf Antwort! Die R. P. D. der Dritten Internationale ist ja nicht einmal willens, allen ihren von der Sowjetbürokratie unterdrückten kommunistischen Genossen zu helfen!

Stresemann oder Marx?

SPD. Der Reichskanzler hat gegenüber den Vertretern der Deutschen Volkspartei zur Frage der Einbringung der Deutschen Volkspartei in die Reichsregierung nach dem halbjährlichen Bericht erklärt, daß es nach den bekannten Vereinbarungen mit der Reichsregierung der Deutschen Volkspartei vom 20. August abendes keine Absicht gegeben wäre, nach der Wiederzusammenkunft des Reichstages von sich aus Verhandlungen über eine eventuelle Regierungsbildung aufzunehmen, und daß er bei dieser Absicht bleibe.

In dem hiesigen Zentrumblatt Rhein-Westfälische Volkszeitung wird nun im Anschluß an diesen Satz darauf hingewiesen, daß der Reichskanzler noch am Tage der Abstimmung über den Danzow-Plan dem Abg. Reichswehr gegenüber erklärt hat, ihm sei von Vereinbarungen irgendwelcher Art zwischen Regierung, Mittelpartei und der Deutschen Volkspartei nichts bekannt. Bei der vorliegenden Art des Reichskanzlers sei in seine damalige Erklärung nicht der geringste Zweifel zu setzen. Es sei daher nicht zu verstehen, wenn er jetzt — nach dem halbjährlichen Bericht — von den bekannten Vereinbarungen" Rede. "Man sieht nun", schreibt das Blatt, "vor der Frage: Hat Stresemann damals nicht doch am Ende auch als Mitglied der Reichsregierung mit den Deutschen Volkspartei verhandelt und vereinbart? Als Reichskanzler hat er dem Abg. Reichswehr antwortete, er würde für ihn noch nicht sein, daß sein Regierungsmittel, also auch Dr. Stresemann nicht, mit den Deutschen Volkspartei irgendwelche Vereinbarungen getroffen habe. Hat nun Stresemann inzwischen dem Reichskanzler die Mitteilung machen müssen, daß er auch namens der Reichsregierung Abmachungen mit der Deutschen

nationalen Volkspartei traf? Ist es so erklärlich, daß jetzt Reichskanzler von "bekannten Vereinbarungen" spricht?

Das Blatt fordert schließlich, daß baldigt von zuständiger Stelle Aufklärung über den Widerspruch zwischen der Erklärung des Reichskanzlers im Reichstag und den Angaben im dem halbjährlichen Bericht erfolgen muß.

Umständliche Sondierung

Die Denkschrift der Reichsregierung zur Völkerbundfrage

Die Reichsregierung hat nach Berliner Meldungen am Montag ihre Denkschrift über die Voraussetzungen für den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund in Paris und London überreicht. Da der Völkerbund aus Vertretern von zehn verschiedenen Mächten besteht, wird die Denkschrift allen zehn Regierungen überreicht werden. Erst nach Erteilung der Antwort durch alle zehn wird sich die Reichsregierung über einen Antrag zum Beitritt schlüssig werden, da sie darauf hinweist, daß zur Gewährung eines Sitzes im Völkerbundrat Einstimmigkeit der zehn Mitglieder erforderlich ist, die Reichsregierung aber darauf bestche, einen Sitz im Rat sofort beim Beitritt zu erhalten. Vorläufig wird die Denkschrift geheim gehalten, doch soll sie keine Bedingungen aufstellen. Die Meldungen besagen:

Paris, 29. September. Der heute aus seinem Urlaub zurückgekehrte deutsche Botschafter v. Gersch hat im Namen seiner Regierung dem Ministerpräsidenten Herriot eine Denkschrift über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund überreicht. Es ist zwischen der deutschen und der französischen Regierung vereinbart worden, vorläufig den Text der Denkschrift nicht zu veröffentlichen.

Da aus englischen Quellen bereits Andeutungen über den Inhalt der Denkschrift vorliegen, hat der Botschafter festgestellt, daß die englischen Informationen gänzlich unzutreffend sind. Die Bedingungen seien in dem Memorandum nicht gestellt; die Kriegsschuldfrage sei nicht berührt worden. Besont wird weiter, daß in den Anmerkungen zum Entwurf der Denkschrift sei, daß die Reichsregierung den ernstlichen Wunsch habe, dem Völkerbund beizutreten und daß der deutsche Botschafter diesen Wunsch dem französischen Ministerpräsidenten zur Kenntnis bringen sollte.

Herriot wird die Antwort nach Beratung des Ministerrates erteilen.

Genf, 29. September. Graf Harry Schuler ist in Genf eingetroffen. Er wird im Auftrage der Reichsregierung die offizielle Meinung in Genf über das Memorandum auswirken, das von Deutschland abgefaßt worden ist. Das deutsche Memorandum enthält nach seinen Erklärungen keinerlei Bedingungen, Wünsche und Klagen. Die Aufnahme Sowjetrußlands in den Völkerbund wird in dem Memorandum nicht berührt. Graf Schuler behauptet weiter, daß der Beitritt Deutschlands in den Völkerbund nicht zum Gelingen eines Abkommens zwischen Deutschland und Rußland gemacht wird.

Ergebnis des Städtetages

Von Ernst Reuter

Die Stabilisierung der deutschen Währung wie die anhängende Festlegung der deutschen Reparationsverpflichtungen schafften in Deutschland Raum für die Lösung einer ganzen Reihe seit Jahren, wenn nicht seit Jahrzehnten brennender Fragen, zu deren Erledigung weder die Eisenbahnen noch die zentralen Parlamente in den vergangenen fünf Jahren fähig waren, und innerpolitischer Auseinandersetzungen Zeit noch Mühe fanden. Es ist kein Zufall, daß die unter dem Schlagwort "Wiederherstellung der Selbstverwaltung" zusammengefaßten wichtigsten Verwaltungsprobleme auf allen Tagungen kommunaler Verbände und Interessenten im Laufe dieses Jahres immer wieder behandelt worden sind. Es kann nicht bezweifelt werden, daß die deutsche Republik mit ihren zwanzig Länderregierungen, mit ihrem Stützpunkt von zahllosen Städten und Gemeindeordnungen, mit ihrer ungewöhnlich großen Differenziertheit der unteren, mittleren und oberen Verwaltungsinstanzen nicht nur in den Ländern, sondern sogar innerhalb eines einzelnen Landes, wie Preußen, von allen europäischen Großstaaten die komplizierteste, am schwersten zu übersiehende, für die Bevölkerung am wenigsten brauchbare und für die Finanzen weitaus teuerste Verwaltung hat. Die deutschen Städte und Gemeinden erheben ihre Stimme zur Wahrung ihrer Interessen.

Man kann darüber streiten, ob der Deutsche Städtetag in der heutigen Form seiner Bedeutung und namentlich in der Zusammensetzung seines wichtigsten Organs, des Vorstandes, eine demokratischen Ansprüchen genügende Vertretung der deutschen Städte darstellt. Immerhin, er ist zur Zeit die gegebene Vertretung, und wenn auch die Vorstände der sozialdemokratischen Delegation auf dem hannoverschen Städtetag zur weiteren Demokratisierung dieses bisher fast ausschließlich aus Oberbürgermeistern bestehenden Organs noch geschäftet sind, so hat doch jeder das Gefühl gehabt, daß die Segner dieser Demokratisierung nur einen Vorschlag erforderten und daß die mit der Einführung eines freien Wahlrechts für die Gemeinden angebahnte Einbeziehung der weiten Volksmassen zur Anteilnahme an der Selbstverwaltung in kurzer Zeit auch hier sich durchsetzen wird. Im Grunde der bisher fast ausschließlich Träger der Selbstverwaltung bekam dieses so stolz klingende Wort — bewußt

oder unbewußt — immer wieder die besondere Föhrung, als ob es sich bei dem Kampfe für die Selbstverwaltung um den Kampf für die Autonomie der Selbstverwaltungsbehörden, der Magistrate und Bürgermeister, und nicht um den Willen der in Gemeinden und Städten zusammengefaßten Millionen Massen zu demokratischer Ausgestaltung ihres Gemeinlebens und zu weltgehender Autonomie bei der Regelung örtlicher Angelegenheiten handelte.

So deutlich diese kritischen Einwendungen gegen die Behandlung der Themen des ersten Tages gemacht werden müssen, so wenig darf verkannt werden, daß der Vorschlag des Vorstandes, eine reichsgefehlige Regelung des deutschen Städtetages anzustreben und zu dem Zweck der Regelung einen Gesekentwurf zu unterbreiten, ein für die deutschen Verhältnisse immerhin bedeutender und geschichtlich sicher wirksamer Schritt war. Selbst dieser Städtetag hat trotz der Ablehnung durch die Deutschen Nationalen, die Volksparteiler und leider auch das Zentrum den Mut und den richtigen Blick bewiesen, als er sich zu dem Gedanken eines Reichstädtetages entschloß. Die Vertreter der deutschen Städte haben damit dem so stark gewordenen Partikularismus der Länder kein so stark gebotenes. Sie haben sich damit zweifellos bewußt zum Gedanken des kommenden Einheitsstaates bekannt. Die sozialdemokratische Delegation des Städtetages hat unbeschadet aller Bedenken gegen zahlreiche Einzelheiten des vorgelegten Entwurfs den Standpunkt vertreten, daß der Gedanke einer Reichstädtetagsordnung allein schon eine wertvolle Sache ist, und daß er, ebenso wie jeder andere politische wirksame Schritt zur Reichseinheit, von allen Sozialdemokraten begrüßt und unterstützt werden sollte.

Wir glauben, daß es kein Zufall war, wenn es schließlich am Schluß der Tagung dem sozialdemokratischen Sprecher gelang, in dieser Versammlung vor einer zweifelhaft erscheinenden Abstimmung dem Gedanken der Reichseinheit zum Durchbruch und zum Siege zu verhelfen. Es zeigte sich hier wie bei andern Gelegenheiten, in wie starkem Maße die Sozialdemokratie mit ihrer Praxis und ihrem Programm in der Arbeit der Städte und Gemeinden verwurzelt ist. Sie hat wohl kaum irgendwo einen so günstigen Boden für wirkliche Föhrung auch da, wo sie